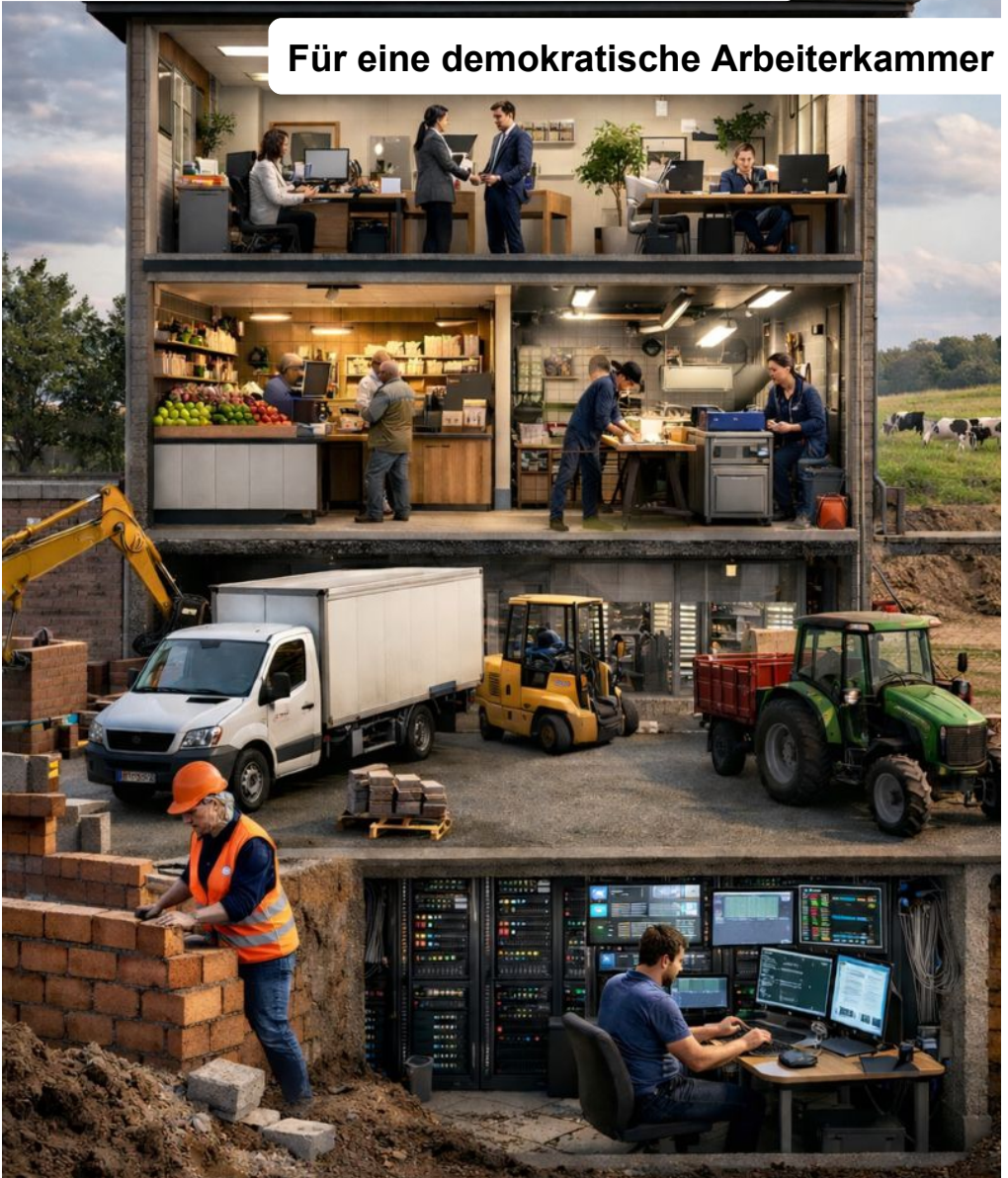




Die Linke und das deutsche Kammerwesen

Für eine demokratische Arbeiterkammer



Das Titelbild ist KI generiert. Genauso wie unsere radikale Vorstellung einer Arbeiterkammer gemeinsam in der Diskussion noch weiter ausgearbeitet und im Detail noch verbessert bzw. genauer gefasst werden muss, so ist das Titelbild entsprechend rudimentär und entwicklungsfähig.

Für weitere Vorschläge zur Demokratisierung ausgewählter gesellschaftlicher Prozesse und Institutionen siehe:

www.demokratie-und-klasse.org

Versionsnummer: 2026-02-17

Seit der Entwicklung des Kapitalismus als Wirtschaftssystem gibt es eine Geschichte des Kammerwesens. Schauen wir uns gemeinsam kurz die Entstehung und Entwicklung an.

I. Der Kapitalismus ist die warenproduzierende Gesellschaft, um aus Geld mehr Geld zu machen. Das Sinnen und Trachten des Kapitalisten ist letztlich allein auf einen zunehmend hohen Profit aus dem Verkauf seiner Waren und damit niedrigen Kosten der Ware Arbeitskraft ausgerichtet. Denn Ware muss abgesetzt, muss verkauft werden, um Mehrwert zu realisieren. Hierbei liegen die Produzenten dann im Wettbewerb zueinander. Aufgrund dieser Konkurrenz müssen die Unternehmen sich stets gegenseitig übertrumpfen und weiterentwickeln. Die Produktionsstätten vergrößern und verflechten sich mehr und mehr. Dieses Momentum hat zwar all die unvorstellbaren Wunder hervorgebracht, mit denen sich der Kapitalismus brüsten kann, aber auch ungeheuerliche Schattenseiten, die viele lieber verdrängen und nicht beachten mögen. Zur Profitmaximierung muss die Produktivität gesteigert werden, das heißt mit den gleichen Mitteln mehr zu produzieren oder mit weniger Mitteln das Gleiche. So sinken die Kosten für die Herstellung einer Ware und diese kann im Vergleich zur Konkurrenz günstiger angeboten werden. Dieses Streben kann aber auch negative Auswirkungen haben:

In England löste die Aufdeckung der Brotverfälschung mittels Steinmehl in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts einen Skandal aus. Die englische Krone gab weitere Ermittlungen in Auftrag und es ergab sich, dass das damalige Brot im Allgemeinen hohe Anteile von menschlichem Schweiß, Eiterbeulenausleerungen, Spinnweben, Schaben-Leichnamen, faule Hefe, Alaun als Bleichmittel und Sandstein enthielt.¹ Hierdurch wurden die Lebensmittel für die breite Masse der Bevölkerung zwar günstiger, aber keinesfalls gesünder oder besser.

1 vgl. MEW 23 S.264 ff.

Ein Beispiel der anderen Art sind Dampfkessel. Im deutschsprachigen Raum kam es aufgrund von fehlgeleitetem Sparsinn (weniger Mitteleinsatz) in der Produktion häufiger zu Explosionen von industriellen Dampfmaschinen. Doch das Interesse am Schutz und Sicherung der Produktionsanlagen ist allen Kapitalisten gemein. So gründeten einige Produzenten von sich aus 1872 den 'Verein zur Überwachung der Dampfkessel in den Kreisen Elberfeld und Barmen'. Daraus wurde 1936 nach Zusammenschluss mehrerer Vereine zum 'Rheinischen Dampfkesselüberwachungsverein' der 'Technische Überwachungsverein Köln', kurz TÜV.

So erwächst und konstituiert sich aus dem objektiven Zwang nach Profitmaximierung zwischen den Kapitalisten ein gemeinsames Interesse zur Herstellung und Aufstellung von Richtlinien, die die Produktion und die Verfahren nach einheitlichen Standards reguliert, deren Einhaltung verpflichtend ist und entsprechend kontrolliert wird. Das ist ein Interesse an einem gesetzlichen und staatlichen Rahmen, das durch Zusammenschlüsse, Vereine und Bündnisse zum Ausdruck gebracht wird. So wurden die Gewerbeaufsichtsämter mit ausdrücklichem Wunsch der Fabrikbesitzer eingerichtet, um gleiche Ausgangsbedingungen der Produktion zu schaffen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich die Klasse der Kapitalisten durch ihre interne Konkurrenz nicht per se in allen Punkten einig ist. Je nach Marktlage und Interessen der jeweiligen Fabrikherren, Kaufleute und Banker können sich unterschiedliche Fraktionen innerhalb der Klasse bilden. Dennoch sind sie damit nicht nur eine ökonomische Klasse an sich, sondern werden u.a. dadurch zu einer politischen Klasse für sich. Sie schließen sich zusammen, tauschen sich aus, diskutieren, stimmen ab und agieren bewusst gemeinsam. Einerseits führen die stetigen Anstrengungen zur Produktivitätssteigerungen und Ausweitung der Produktion nicht nur zu Verbesserung und

Verfeinerung der Produktion, sondern auch dazu, dass Waren nützlicher, günstiger und zahlreicher werden. Die Entwicklung der Arbeitsteilung und der technische Fortschritt ermöglichten es, die Warenproduktion und den Handel in ungeahnte Dimensionen auszuweiten. Hierfür braucht es mehr und mehr Absatzmärkte - bei gleichzeitiger Verteidigung der bisherigen Märkte. Die zahlreichen Douanenlinien (Zollgrenzen), die es Anfang des 19. Jahrhunderts in der deutschen Kleinstaaterei gab, waren für die Fabrikanten und Händler ein gemeinsames Hindernis und standen ihrer Anhäufung von Reichtum entgegen. Also weg damit – der deutsche Zollverein entstand 1834.

Dazu konstituierte sich bereits 1830 in Nordrhein-Westfalen die erste Industrie- und Handelskammer moderner Prägung, mit staatlicher Genehmigung des damaligen Adels, unter dem neuartigen Status `Handelskammer von Elberfeld und Barmen´ (heutige `Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid´). Der Adel räumte den Fabrikanten erstmals das Recht ein, ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln und ihre Vertreter selbst zu wählen. Dieses Experiment, das die Interessen der Gesamtwirtschaft des Bezirks vertreten sowie Verwaltung und Politik in allen die Wirtschaft betreffenden Fragen beraten sollte, wurde schnell zum Modell für die preußische und später gesamtdeutsche Kammergesetzgebung.

Andererseits sah sich die Klasse der Kapitalisten in Gefahr durch den bestehenden Adel. Ohne fundamentale Bürgerrechte war ihr Besitz an Produktionsmitteln und ihr immer größer werdender Reichtum nicht sicher, ebenso wie ihre Vereine und Kammern dem Wohlwollen des Adels ausgesetzt waren. So war die aufstrebende Klasse der Produzenten und Händler vor allem Akteur in der Märzrevolution 1848 und setzte sich ein für:

1. Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere
2. Pressefreiheit
3. Schwurgerichte nach englischem Vorbild
4. sofortige Herstellung eines deutschen Nationalparlaments

5. Menschen- und Bürgerrechte
6. deutscher Nationalstaat
7. Vereinbarte Verfassung

Die Klasse forcierte damit die politische Zentralisation. *"Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie."*²

Durch das Bündnis der Klasse mit dem preußischen Königshaus wurden die Handelskammern 1848 und 1870 gesetzlich geregelt. 1871 entstand schließlich das zweite deutsche Reich - zwar noch mit einem Kaiser an der Spitze, aber Reichsgesetze brauchten nun Zustimmung zweier Organe, nämlich des Bundesrats und des Reichstags. Der Reichstag wurde alle drei und ab 1885 alle fünf Jahre gewählt, nach allgemeinem Wahlrecht für Männer. Damit konnte sich die Klasse des Kapitals auch parteipolitisch aufstellen und vertreten lassen.

II. Der Kapitalismus zeichnet sich durch zwei ökonomische Klassen aus. Einerseits die Kapitalisten, die Besitzer der Nahrungs- und Produktionsmittel. Andererseits das Proletariat. Der Prolet ist dabei auf zweifache Weise frei.

Erstens: frei von Produktions- und Nahrungsmitteln. Proleten haben keinen Grund- und Boden, keine Werkstätten oder gar Fabriken, mit denen sie das produzieren können, was sie zum Überleben und Leben brauchen.

Zweitens: frei seine Arbeitskraft zu verkaufen. Der einzelne Prolet hat keinen anderen Besitz als seine Arbeitskraft, er muss sich verkaufen, aber wo, an wen und zu welchen Bedingungen, steht nicht fest. In der industriellen Warenproduktion finden diese Menschen bereitwillige Käufer ihres letzten Besitzes, ihrer Arbeitskraft. Denn die Arbeitskraft ist in der Lage, mehr Wert zu produzieren, als sie selber kostet. So können sich die

2 MEW 4, S. 467

Geldbesitzer, wie beispielsweise ursprünglich selbst tätige Warenproduzenten, Handels- oder Wucherkapitalisten sowie bodenreiche Adlige, zu Überwachern der Produktion und zum ausschließlichen Eigentümer entwickeln. Sie produzieren nicht mehr selbst, sie lassen andere mit ihren Produktionsmitteln produzieren und eignen sich den Profit an. Sie werden Kapitalisten, beseelt von dem einen Ziel, aus Geld mehr Geld zu machen.

In der Anfangszeit der industriellen Warenwirtschaft waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Lohnabhängigen ziemlich schlecht. Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden an sechs Tagen pro Woche sind bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Regel. An Arbeits- und Gesundheitsschutz braucht nicht gedacht zu werden – es stehen genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, die sich auch unter widrigsten Bedingungen verkaufen. So sinken die Lebensverhältnisse der Arbeiter³ in den 1870er Jahren unter das Niveau der frühen Jahre des 19. Jahrhunderts. Doch eben aus dieser Situation heraus können die Proleten selbst Macht gewinnen und den Kapitalisten etwas entgegensetzen – und zwar durch ihre bewusste Vereinigung. Auf einen einzelnen Arbeiter kommt es den Fabrikanten und Händlern nicht an, aber wenn sich diese zusammenschließen, steht jede Maschine still, wenn die Arbeiter es wollen. So gründeten sich in Deutschland solidarische Arbeitervereine, zur gegenseitigen Bildung, Beratung, Unterstützung und Stärkung, aus denen wiederum Gewerkschaften und Parteien entwachsen. Aus der ökonomischen Klasse an sich, wird eine politische Klasse für sich, die sich zur gegenseitigen Absicherung und für ein besseres Morgen zusammenschließt. Die Arbeitervereine, wie auch die Parteien der Proleten und die Gewerkschaften finanzierten sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Arbeitenden und das, was die

3 Die Arbeiterklasse darf sich nicht spalten lassen, weder entlang der Hautfarbe oder der Nation, der geschlechtlichen oder sexuellen Identität und auch nicht entlang der Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse, solange sie aus dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft resultieren.

Proleten für ihr Leben notwendig und für die Verbesserung ihrer Lebensumstände brauchten, kämpften sie gemeinsam den Kapitalisten wieder ab. Dies schließt im Übrigen ihre Mitgliedsbeiträge und ihre Beiträge für etwaige Hilfskassen und gegenseitige Versicherungen mit ein. Dazu stellt sich bereits sehr früh die Frage, wozu es den Fabrikherren, den Kapitalisten überhaupt braucht? Er muss nicht arbeiten, er lässt arbeiten und zieht aus dem, was andere leisten, einen Profit, von dem er behauptet, dass es sein eigen wäre. Insbesondere die sozialistischen und kommunistischen Strömungen der Arbeiterklasse haben dies im 19. Jahrhundert hinterfragt und mehr oder minder offen die Losung gestellt, die Kapitalisten zu entmachten und den ganzen Laden selbst zu übernehmen. Diese sozialistischen und kommunistischen Strömungen der Arbeiterklasse waren und sind bis heute die Schreckvorstellung aller Kapitalisten.

III. Die Klasse der Kapitalisten sieht damit einem Problem entgegen. Einerseits braucht es das Proletariat für ihre Warenproduktion zur Schaffung ihres Profits. Andererseits vereinen und organisieren sich Arbeiter und stellen somit eine Gefahr für die unternehmerische Freiheit der Kapitalisten dar. Die Besitzer der Nahrungs- und Produktionsmittel haben daher ein reges Interesse daran, zu verhindern, dass eine Arbeiterklasse für sich entsteht. Das heißt vor allem die Organisationen und Strukturen der Arbeiterklasse möglichst klein und zersplittert zu halten und soweit es geht, ihre Selbstverwaltung zu unterlaufen, so dass die Klasse der Kapitalisten stets mit am Tisch sitzt und über die Belange der Arbeiter mitbestimmt.

Die Klasse der Besitzenden hat es seit jeher gut verstanden, dieses Interesse, mal verdeckt, mal offen, umzusetzen. Die politische Arbeiterklasse und ihre eigenen Strukturen wie Organisationen wurden konsequenterweise seit jeher kriminalisiert und bekämpft. Es ist der Kampf zwischen den

Klassen und dieser hält so lange an, wie die Klassen an sich existieren. Die Kapitalisten haben es gut verstanden, die Forderungen der Arbeiter so umzumünzen, dass sich die Arbeiter nicht selbst verwalten und selbst Entscheidungen treffen konnten, sondern dass die Kapitalisten immer mitreden konnten. So kämpften 1848 Arbeiterschaft und frühe Fabrikanten, Handwerk- und Handel in liberalen Bildungsvereinen gemeinsam für fundamentale bürgerliche Freiheiten, ohne die kein Prolet seine Stimme legal äußern oder sich mit seinen Klassenkollegen zusammenschließen kann. Doch der Adel konnte sich 1848 noch retten und ging ein Bündnis mit der jungen Kapitalistenklasse ein. Sie erhielten im Gegenzug ihre Kammern, als Selbstverwaltungsorgane und konnten ihre Belange selbst organisieren. Doch die Arbeiter, welche im selben Maße eine Kammer für sich forderten, waren sowohl dem Adel als den Kapitalisten ein Dorn im Auge. So setzte nach Niederschlagung der Märzrevolution eine 10-jährige Reaktionsära ein und die deutschen Fürstentümer verpflichteten sich *„durch alle gesetzlichen Mittel die Unterdrückung der Zeitungen und Zeitschriften unter Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen, welche atheistische, socialistische oder communistische, oder auf dem Umsturz der Monarchie gerichtete Zwecke verfolgen.“*⁴

Doch die Gemeinschaft der Arbeiterklasse hielt durch und schloss sich immer näher zusammen. So fusionierte 1875 die SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) mit dem ADAV (Allgemeinen deutschen Arbeiterverein) zur SAP (sozialistischen Arbeiterpartei). Das zweite deutsche Reich sah sich einer starken und sozialistisch geprägten Arbeiterklasse gegenüber. Eine Gefahr für das Bündnis der Kapitalisten und die noch fortbestehenden Teile des deutschen Adels. Wehe den bürgerlichen und feudalen Müßiggängern, wenn die Gemeinschaft der Arbeiter meint, es besser zu wissen. Und erneut wurden die Organisationen und Strukturen der

4 Bundesbeschuß über Maßregeln zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Deutschen Bund vom 23. August 1851

Arbeiterklasse angegriffen. So setzte Reichskanzler Bismarck 1878 ein befristetes Ausnahmegesetz durch, das Sozialistengesetz "*wider den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie*". Das Gesetz verbot sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Vereine, Versammlungen und Schriften. Das besiegelte auch die Schicksale der autonomen Kassen zur gegenseitigen Unterstützung der Arbeiterklasse, die sogenannten Hilfskassen, die die Proleten in Eigenregie aufgebaut hatten. Als hätte die SAP dies bereits vorab geahnt, war eine ihrer Forderungen im Gothaer Programm bereits 1875 "*Volle Selbstverwaltung für alle Arbeits- und Unterstützungskassen*". In den nächsten Jahren folgten weitere Angriffe auf die Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Einerseits durch Verlängerung des Sozialistengesetzes (wie 1880, 1884, 1886 und zuletzt 1888) und andererseits mit der kaiserlichen Sozialbotschaft und der Errichtung einer gesetzlichen Krankenkasse 1883, der Unfallversicherung 1884 und der Invaliditäts- und Altersversicherung (Rentenversicherung) 1889. Die Botschaft und die gesetzlichen Versicherungen wurden nur mit dem Ziel erlassen, der zunehmenden und kontinuierlichen politischen Bedrohung durch die Proteste der Proleten entgegenzuwirken. Ziel und Zweck war es:

„die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“⁵

Hinzu kommt die Ausgestaltung der gesetzlichen Sozialversicherungen. Wo einst die Arbeiter ihre Kassen zur Versorgung und Vorsorge selbstverwalteten, wurden die gesetzlichen Versicherungen gemeinschaftlich verwaltet. Gemeinschaftlich heißt, dass sowohl Kapitalisten als auch Arbeiter die Versicherungen verwalten sollten. Dies gilt im Grunde bis heute. Doch dies war nicht genug. In einem weiteren

5 Otto von Bismarck: Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe) 1924/1935, Band 9, S. 195/196

Versuch die Arbeiter von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu trennen, plant Kaiser Wilhelm II. und sein Kanzler Leo Graf von Caprivi einige Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung, u.a. das Arbeiterschutzgesetz. Dieses wurde 1891 vom Reichstag verabschiedet und bildete viele Forderungen der Arbeiterbewegung ab:

"Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:"

- Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit
- Beschäftigungsverbot von Kindern unter 13 Jahren in Fabriken
- Jugendliche bis 16 Jahren dürfen täglich maximal zehn Stunden, Frauen maximal elf Stunden pro Tag arbeiten
- Pflicht der Unternehmer, zur Erstellung einer Arbeitsordnung (Transparenz u.a. über Start und Ende der Arbeitszeiten, Pausenzeiten, Zeit und Art der Lohnzahlung sowie Kündigungsgründe)
- Pflicht der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen durch Schutzmaßnahmen zu verbessern

"Die Bedürfnisanstalten [Toiletten] müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann."

Hervorzuheben ist dabei, dass dieses Gesetz, erlassen von Gottes Gnaden, dem Kaiser, durchaus Kritik der Herren der Fabriken hervorrief – die allgemeinen Argumente sind damals wie heute Bedenken wegen zusätzlicher Bürokratie und Kosten. Man stelle sich aber vor, dass es einer starken Arbeiterbewegung brauchte, die sich für die Einrichtung von Toiletten und Waschräumen einsetzte, um den stinkenden Bedürfnis-Eimer in der Ecke der Fabrikhalle zu ersetzen. Daher steht in der heute geltenden

Arbeitsstättenverordnung noch kleinlich: *"Der Arbeitgeber hat Toilettenräume zur Verfügung zu stellen."* Es ist nicht die viel beschworene deutsche Bürokratie, die ein Gesetz bzgl. dieser Belange von Nöten macht, sondern der Umstand, dass die Arbeiter sonst keine vernünftigen Toilettenräume hätten.

Und wer kontrolliert und überwacht die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze? Die SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) hatte in ihrem Programm 1875 gefordert, dass diejenigen die Arbeitsschutzgesetze überprüfen, für die sie auch geschaffen worden sind:

"Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen, Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte."

Aber bis heute obliegt diese Aufgabe staatlichen Ämtern und Behörden – der Gewerbeaufsicht. Das sind die Ämter, die die Klasse der Kapitalisten ohnehin schon haben wollte und Arbeitsschutz ist nur eines von vielen Themen, die Aufsichtsämter ausführen. Und was ist eigentlich aus der alten Forderung von 1848 geworden?

- Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere

Sobald die Kapitalisten als Klasse ihre grundsätzlichen Freiheiten bekamen, sobald sie mittels ihrer staatlich gesicherten Selbstverwaltungsorgane offiziell Einflussnahme auf die staatlichen Geschicke ausüben konnte, hatte sie auch Einfluss auf die Wahl der Offiziere und dem stehenden Heer. Eine weitere Demokratisierung brauchte die besitzende Klasse nicht, weshalb die Forderung aufgehoben wurde. Dies zeigt sich in den zwei prinzipiellen Aufgaben der heutigen Bundeswehr, einerseits die Verteidigung der deutschen Interessen und Sicherheit nach außen und andererseits nach innen.

Die Verteidigung deutscher Interessen und Sicherheit meint vor allem wirtschaftliche Interessen und Sicherheit der Kapitalisten. Heute ist Putin Streitpunkt der deutschen Kapitalisten, der als verkappter Diktator Russlands das Völkerrecht bricht, indem er die Ukraine überfällt, die kurz davor war, sich den deutsch-europäischen Absatzmärkten zu verkaufen. Gestern war es Milosevic, als verkappter Diktator Jugoslawiens, der das Menschenrecht⁶ brach und statt Schulden gegenüber dem Westen zu bezahlen, lieber die Rentenkasse im eigenen Land aufstocken wollte. Doch unbeschrien bleiben gestern wie heute andere, beispielsweise Salman ibn Abd al-Aziz, König und Alleinherrscher von Saudi-Arabien, der als guter Handelspartner geschätzt wird, auch wenn in Saudi-Arabien Frauen und Mädchen zu Tode gesteinigt werden, wenn sie ihrem Herzen folgen. Der zweite Teil, die Verteidigung nach innen, meint vor allem die Verteidigung gegen die Besitzlosen, gegen die Arbeiterklasse mittels einer sogenannten Notstandsverfassung. Das ist die Befugnis des Militärs, auch im Inneren zu verteidigen - dies meint den Schutz von zivilen Objekten, Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes sowie Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer.

Was sich hinter zivilen Objekten verbirgt? Neben Rathäusern, Schienenverkehr, Krankenhäusern, Unternehmen und Produktionsanlagen der kritischen Infrastruktur (private Unternehmen wie Vodafone oder O2), meint es größere Bankinstitute. Bankinstitute stellen für die Warenproduktion ein wichtiges Kernelement dar, die nicht nur die Geldmittel und Kapitale der besitzenden Klasse verwalten, sondern auch die Lohngehälter der Arbeiterklasse für die Warenproduktion nutzbar machen. Was könnte ein organisierter Aufstand sein? Eben, ein Generalstreik der Arbeitervereine gegen Sozialabbau und Streichung von Arbeitsschutzgesetzen. Es ist doch jedem klar, dass ein solcher Streik von einer AfD geführten Regierung als

6 Zum Völker- und Menschenrecht siehe auch bei "Die Linke und das Militär" unter www.demokratie-und-klasse.org

Exkurs: Der Lohnfond der Arbeiterklasse

Die Lohntüte, das ist die Auszahlung des Lohn in bar, ist schon seit langem nicht mehr gang und gäbe. Wer Lohn erhalten will, braucht in der Regel ein Girokonto bei einer Bank, das in der Regel über Kontoführungsgebühren bezahlt werden muss. Die Banken selbst sammeln Gelder und stellen diese wieder als Kredite zur Verfügung. Das ist auch eine ihrer Hauptfunktion im Kapitalismus – den Unternehmen Kredite für ihre Warenproduktion zur Verfügung zu stellen. Die Banken finanzieren sich damit auf zweifache Weise, einmal über Gebühren und einmal über Einnahmen durch Kreditgeschäfte.

Auch der Lohn der Arbeiter, der auf Girokonten oder anderweitigen Konten eingeht, wird für die Schnürung von Kreditangeboten von der Bank herangezogen. Letzteres im Übrigen weitestgehend ungefragt und nach unkontrolliertem Gutdünken – zur Freude der Kapitalisten. Früher stand das Ersparte aus Lohntüten für die Kapitalisten nicht zur Verfügung und lag unter der Matratze oder in einem Sparschwein. Heute können Banken mit dem Ersparten frei 'arbeiten'. Gehen wir von rund 40 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus (also Arbeitern) mit einem durchschnittlichen Nettolohn von 2.640 € (Stand 2024) und dass sie rund 10 % ihres Lohns sparen. So ergibt das eine Summe von 10,56 Milliarden pro Monat und 126,72 Milliarden im Jahr. Wir müssen hierzu konstatieren, dass es von Seiten der politischen Arbeiterklasse kaum bzw. gar keine Initiativen gibt, diesen Fonds gemeinsam zu organisieren und zu verwalten und gegen die Interessen der Kapitalistenklasse zu schützen. Stattdessen spart jeder Prolet jeweils für sich, mal mehr mal weniger planlos und steht im Grunde allein da.

Aufstand gegen Deutschland ausgelegt werden würde. Doch ein demokratisiertes Militär, welches damals wie heute nach wie vor im Stande wäre die Landesgrenzen zu schützen, wäre vielmehr als bisher mit der Masse der Bevölkerung verbunden. Und die Masse der Bevölkerung sind Proleten. Ein solches Militär würde bei inneren Umwälzungen und Entwicklungen nicht mehr einfach so einseitig dem Schutze der Kapitalisten nach innen hin dienen. Und genau dieser Punkt gefällt den Besitzenden seit 1848 gar nicht.

IV. Erst nachdem das Bestreben der Kapitalistenklasse, sich einen Platz an der Sonne zu sichern und den ersten Weltkrieg zu eröffnen, erst als die Arbeiterbewegung so stark war, dass sie

dieses Vorhaben hätte verhindern können, waren der Adel und die Kapitalisten zu einem Bündnis mit der SPD und den SPD-nahen Gewerkschaften bereit. Im Gegenzug für einen Burgfrieden und die Zustimmung zu den notwendigen Kriegskrediten, sollten die Gewerkschaften anerkannt und Arbeiterräte in den Betrieben entkriminalisiert werden. Die Arbeiterklasse hat für diese vagen Zusagen einen sehr, sehr großen Preis bezahlt. Einerseits der Blutzoll des Weltkrieges, andererseits spaltete sich die stärkste Fraktion der politischen Arbeiterklasse aufgrund des Burgfriedens, die sozialistischen und kommunistischen Teile der SPD gründeten später die KPD. Hinzu kommt, die Versprechungen des Burgfriedens blieben leer.

Erst als eine Niederlage für die deutsche Seite unausweichbar war, erst als sich Soldaten und Arbeiter im Kieler Aufstand mit Waffen erhoben haben und die SPD-Führung die Ausbreitung des Aufstandes nicht mehr verhindern konnte, waren die Herren von Fabrik und Handel zu konkreteren Verhandlungen bereit. Karl Liebknecht rief am 09. November 1918 die freie sozialistische Republik Deutschland aus. Das verstanden die deutschen Kapitalisten als Drohung und siehe da, am 15. November wurde das sogenannte Stinnes-Legien-Abkommen unterzeichnet. Zur Wahrung ihres Eigentums an Nahrungs- und Produktionsmitteln sicherten die Unternehmer zu, die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft anzuerkennen, mit ihnen über die Arbeitsbedingungen durch Kollektivvereinbarungen zu verhandeln (Koalitionsfreiheit §156 WRV), der Einrichtung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben nicht entgegen zu stehen und den Achtstundentag flächendeckend einzuführen. Doch die Gefahr des Kommunismus war nie gegenwärtiger. Es folgte der Ebert-Groener-Pakt, hier vereinbarten Friedrich Ebert als SPD-Vorsitzender und General Wilhelm Groener im Namen der Obersten Heeresleitung während der Novemberrevolution von 1918 ein gemeinsames Vorgehen gegen sozialistische und kommunistische Bestrebungen. Diese wurden mithilfe des alten Militärs niedergeschlagen und niedergeschossen, mit Billigung

der SPD, die darauf hoffte, in der folgenden Weimarer Republik weitere ihrer Forderungen umsetzen zu können, wie Einrichtung von Arbeiterkammern, überbetriebliche Mitbestimmung und die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches.

Doch sobald das Eigentum der Kapitalisten gesichert war, wurden die wenigen Zugeständnisse, für die die SPD über tausende von Leichen gegangen ist, wieder umkämpft.

Schon kurze Zeit nach der Einführung des Achtstundentags erschallte die Kritik. Eine Arbeitszeitverlängerung sei trotz höherer Arbeitslosigkeit aus Gründen der Kostensenkung und der deutschen Wettbewerbsfähigkeit unumgänglich. Sie stützten ihre Argumentation auf die Notwendigkeit einer Produktivitätserhöhung zum Zwecke einer Stabilisierung der deutschen Wirtschaft. Deutlich wurde die Stärke der Kapitalisten insbesondere im Sommer 1922 mit der Aussperrung von 250.000 Arbeitern in der süddeutschen Metallindustrie, wodurch eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit erzwungen wurde. Die Argumentation für mehr Produktivität durch längere Arbeitszeiten konnte nach und nach auch in breiteren Teilen der Gesellschaft Fuß fassen. Mit dem Ausscheiden der SPD aus der Reichsregierung und der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 wurde der Achtstundentag vorerst faktisch abgeschafft. Er wurde zwar offiziell beibehalten, es wurden jedoch zahlreiche Ausnahmeregelungen geschaffen. Die durchschnittliche Arbeitszeit in der Industrie stieg nach dieser faktischen Abschaffung des Achtstundentags auf 50,4 Stunden pro Woche im Jahr 1924 an. Nur noch zwei Fünftel der Vollarbeitskräfte arbeiteten die maximal vorgesehenen 48 Stunden pro damals üblicher 6-Tage-Woche.

Ebenfalls wurde die Einrichtung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben von den Kapitalisten durch das Betriebsrätegesetz eingefangen. Zum einen hatten die Betriebsräte keine Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten und sind

per Gesetz dem Wohl des Unternehmens verpflichtet. Zum anderen ist die Einrichtung von Betriebsräten keine tatsächliche Pflicht. Erst muss es Arbeiter geben, die einen Betriebsrat wollen. Und diese Personen sind einem Unternehmer lästig – es gibt viele Möglichkeiten, solche Arbeiter auszusortieren. Gegen die geplante Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes organisierte die KPD 1920 eine Demonstration vor dem Reichstagsgebäude, an der etwa 100.000 Menschen teilnahmen. Die preußische Sicherheitspolizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten. Bei dem sogenannten Blutbad vor dem Reichstag starben 42 Menschen, 105 wurden verletzt und Reichspräsident Friedrich Ebert verhängte daraufhin den Ausnahmezustand.

Hinzu kommt das Scheitern des Projektes der überbetrieblichen Mitbestimmung. Zwar gab es in der Weimarer Republik einen Reichswirtschaftsrat, aber dieser war ein gemeinsamer Rat, sowohl Arbeiter als auch Kapitalisten gehörten diesem an – der Rat entpuppte sich damit als unnötige Doppelung zum Reichstag. Auch zu einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch kam es nie, bis heute. In der Bundesrepublik gibt es bspw. das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das Strafgesetzbuch (StGB) und für die Kapitalisten das einheitliche Handelsgesetzbuch (HGB), doch kein Arbeitsgesetzbuch. Dadurch liegen die Rechtsquellen des Arbeitsrechts nur zersplittert vor, können sich widersprechen und rechtliche Lücken aufmachen, was viel Interpretationsspielraum zulässt und die Anwendung des Rechts erschwert.

Diese SPD-Bündnispolitik und die wenigen Erfolge, die hiernach auch noch angegriffen worden sind, hatten die entschiedene Spaltung der linken Kräfte zum Ergebnis, die in offener Ablehnung und Bekämpfung der unterschiedlichen Fraktionen der politischen Arbeiterklasse mündete. Zu alledem stellt sich die Frage: Cui bono? Wem nützt es wohl? Eine so geschwächte und zerstrittene Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften wie Parteien konnte dem deutschen Faschismus keinen Einhalt gebieten. Nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 erschien

die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat, mit der alle Grundrechte suspendiert wurden und die das Verbot der KPD- und SPD-Presse zur Folge hatte. Etliche KPD-Reichstagsabgeordnete und Funktionäre wurden in 'Schutzhaft' genommen und die Parteibüros geschlossen. Die Zerschlagung der Gewerkschaften folgte im Mai 1933. Die Gewerkschaftshäuser, Redaktionen, Zahlstellen der Einzelverbände und andere Einrichtungen der freien Gewerkschaften wurden besetzt. Das Vermögen der Gewerkschaften wurde beschlagnahmt und etliche Gewerkschafter wurden verhaftet, misshandelt und teils ermordet. Zum Schluss folgt im Juni 1933 das offizielle Verbot der SPD. Ihre Parteihäuser sind längst geplündert, ihre Verlage stillgelegt. Ein Teil der SPD-Führung ist ins Ausland geflohen. Die einfachen Aktivisten und Mitglieder, die nicht fliehen konnten, wurden verhaftet und ermordet.

Damit war es vollbracht, die politische Arbeiterklasse wurde durch den Faschismus wieder vereint – im Konzentrationslager.

V. Die alte Forderung nach der Einrichtung von Arbeiterkammern wurde in den Nachwehen der Novemberrevolution nur in einem Land der Weimarer Republik umgesetzt, in Bremen. Friedrich Ebert stellte in der Bremischen Bürgerschaft bereits 1901 einen Antrag vor, der mit 'Arbeiterkammer' überschrieben ist. Deren Aufgaben beschrieb Ebert wie folgt:

„Ihre Aufgabe ist die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Sie ist berufen, auf alles, was der Arbeiterklasse dienlich sein kann, fortwährend ihr Augenmerk zu richten und dem Senat auf seinen Antrag, aber auch unaufgefordert, gutachtlich zu berichten, wie auch die ihr zur Förderung der Interessen der Arbeiter angemessenen erscheinenden Maßregeln bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Über alle die Arbeiterverhältnisse betreffenden Gesetze wird vor deren Erlass die Arbeiterkammer zu einer Begutachtung veranlasst.“

Am 8. Juli 1921 wurden die Kammergesetze in der Bremischen Bürgerschaft verhandelt und beschlossen. Der deutsche Faschismus hatte in Bremen damit eine zusätzliche Herausforderung, die Übernahme bzw. Auflösung der Kammer. Erst 1936 konnte die Kammer als Institution per Gesetz aufgelöst und endgültig zerschlagen werden – ihre Neukonstituierung nach der Niederlage des deutschen Faschismus erfolgte auf Antrag der SPD.

Alle Arbeiter Bremens sind Mitglieder der Kammer und finanzieren diese durch 0,11 % ihres Lohns. Die Kammer wird verwaltet von einem durch die Mitglieder regelmäßig zu wählendem Gremium, das für sich wiederum einen Vorstand wählt. Die `Arbeitnehmerkammer Bremen´ ist damit eine demokratische Institution aller Arbeiter und stellt ein umfangreiches Angebot für diese zur Verfügung, das unter anderem Information, Beratung und Qualifizierung einzelner Mitglieder beinhaltet. Jugendliche Mitglieder berät die Kammer in Fragen der Aus- und Weiterbildung, des BAföG und zu anderen Förderungsmöglichkeiten. Die Kammer gibt Auskunft zu Fragen in Sachen der Einkommens- und Lohnsteuer oder zum Arbeitsrecht. Hinzu kommt die fachliche Unterstützung und Beratung von Betriebs- und Personalräten. Gegenüber der Politik und Verwaltung werden Anregungen, Vorschläge, Stellungnahmen und Gutachten abgegeben. Des Weiteren gehört die Durchführung von Maßnahmen und Veranstaltungen der beruflichen sowie der allgemeinen und der politischen Bildung zu ihren Aufgaben. Hierzu gibt es zahlreiche Kooperationen, bspw. mit der Universität und anderen Bildungseinrichtungen, sowie allerlei Vergünstigungen für die Mitglieder im kulturellen Bereich. Neben der Kammer in Bremen gibt es in Deutschland noch die Arbeitskammer Saarland, die 1951 in der BRD gegründet wurde. In Österreich gibt es seit 1920 für alle Bundesländer solche Kammern und in Luxemburg seit 1924. Sie sind demokratische Selbstverwaltungsorgane der Arbeiterklasse, Organisationen, in der die Proleten geeint ihre Interessen und

Bedarfe diskutieren und organisieren können. Darüber hinaus bilden sie eine gute Möglichkeit und Plattform, weitere Forderungen der politischen Arbeiterklasse umzusetzen, wie

- die Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Arbeiter selbst
- die Selbstverwaltung des Lohnfonds der Arbeiterklasse durch die Arbeiter selbst, bspw. in einer Arbeiterbank
- die Kontrolle und Überprüfung der Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze durch von Arbeitern gewählten Vertrauenspersonen
- die weitere Demokratisierung des Militärs

All dies würde nicht nur die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Klasse stärken, sondern auch eine neue demokratische Säule der Gesellschaft schaffen. Eine Säule, die bei einem weiteren Erstarken von faschistischen Kräften für eine zusätzliche Barriere sorgen würde.

Daher:

Für die bundesweite Einrichtung von Arbeiterkammern.

Schon Karl Marx sagte, die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Alle unsere vorgeschlagenen Maßnahmen beruhen auf die strategische Orientierung der Machtzunahme der Arbeiterklasse und gesetzgeberischen (Rück-)Eroberung entweder ihrer Kampfmittel oder ihrer Institutionen im modernen, entwickelten Kapitalismus und damit der Hebung ihres Klassenbewusstseins und der Reduktion ihrer Konkurrenz untereinander. Die Gründung einer solchen Arbeiterkammer wäre ein großer Schritt in diese Richtung - denn nur mehr 6 Millionen von 41 Millionen Lohnabhängigen sind gewerkschaftlich organisiert.

VI. Der rechte Rand in der Politik, von Stimmen der FDP, CDU, der AfD, den freien Wählern oder Bündnissen für Deutschland, wettern nicht ohne Grund gegen eine solche demokratische

Institution⁷. Dabei werden die unterschiedlichen Vereine und Organisationen der Arbeiterklasse gegeneinander ins Spiel gebracht. So heißt es, die Arbeiterkammern wären eine Konkurrenz gegen die Gewerkschaften. Nichts könnte falscher sein. Dort wo es Arbeiterkammern gibt, ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad eindeutig höher.⁸ Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist und bleibt der wirtschaftliche Kampf. Skandalisiert wird auch der Mitgliedsbeitrag zur Kammer, in Bremen sind es 0,11 %, im Saarland 0,15 % und in Österreich 0,5 % vom Lohn. Doch erstens erhält der Prolet durch die Angebote der Kammer mehr zurück, als er selbst gibt und zweitens gilt, was wir bereits geschrieben haben:

Die Arbeitervereine, wie auch die Parteien der Proleten und die Gewerkschaften finanzierten sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Arbeitenden und das, was die Proleten für ihr Leben notwendig und für die Verbesserung ihrer Lebensumstände brauchten, kämpften sie gemeinsam den Kapitalisten wieder ab. Dies schließt im Übrigen ihre Mitgliedsbeiträge und ihre Beiträge für etwaige Hilfskassen und gegenseitige Versicherungen mit ein. Durch die Einigung der Arbeiter zu einer politischen Klasse gewinnen die Proleten an Macht und Mittel, um den Kampf zur Verbesserung ihrer Lebenssituation aufzunehmen.

Ferner wird die sogenannte 'Pflichtmitgliedschaft' kritisiert und die Freiheit des Arbeiters hochgehalten – er solle doch selbst entscheiden dürfen, ob er Mitglied werden wolle oder nicht. Doch mit den gleichen Worten kann auch gegen die 'Pflichtmitgliedschaft' in den Sozialversicherungen argumentiert werden. Das Ziel und die Agenda, die hinter diesen Argumenten

7 <https://spd-bremen.de/2024/04/03/afd-bd-und-co-stehen-fuer-eine-neoliberalen-politik-die-deinen-geldbeutel-kleiner-macht-die-spd-steht-an-der-seite-der-arbeitnehmerinnen/>

8 Siehe hierzu im Aufsatz "Neue Institutionen braucht das Land", WSI Mitteilungen, 76. JG.,3/2023, S. 218, <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-eine-arbeitskammer-fur-alle-50034.htm>

steht, ist klar und alt – die Proleten sollen sich nicht einen und selbstverwalten können, ihre Organisationen und Strukturen sollen möglichst klein und zersplittert bleiben. Ein gutes Beispiel der anderen Art ist die Debatte um Pflegekammern, in der alle in der Pflege tätigen Arbeiter wie auch Selbstständige registriert und unter eine einheitliche Berufsordnung gestellt werden sollen. Die Berufsordnung soll die Rechte, Pflichten, Aufgaben, aber auch Verantwortungen für die Pflegefachpersonen festlegen. Sie soll eine Orientierung für den beruflichen Alltag geben und auch Hinweise zum Verhalten der Pflegefachpersonen gegenüber Patienten, Heimbewohnern und Klienten (Kunden) sowie gegenüber Kollegen und Mitarbeitern bieten. Abschließend muss die Einhaltung dieser Berufsordnung auch kontrolliert und überprüft werden. Diese Tätigkeiten sollen dabei von den Arbeitern in der Pflege selbst organisiert, durchgeführt und über ihre Beiträge finanziert werden. Hier schließt sich der Kreis. Seit Jahrzehnten wird das Pflegesystem in Deutschland kaputt gespart, die Arbeiter in der Pflege durch die Unternehmen systematisch überlastet und ausgepresst. Zum Dank sollen sich die Arbeiter nun auf eigene Kosten auch noch selbst Pflichten auferlegen und sich selbst zur Einhaltung dieser überprüfen. Hierdurch verwalten sich die Arbeiter in der Pflege nicht selbst, bauen nicht für sich Organisation und Strukturen auf, die ihren Interessen dienen, stattdessen sollen sie die Probleme, die ihnen die Pflegeunternehmen und die Politik hinterlassen, durch Selbstgeißelung lösen.

"Die Pflegekammern wollen durch Berufsordnungen und der Überwachung der Berufspflichten vor unsachgemäßer Pflege schützen. Verstöße sollen sanktioniert werden. Es gibt bereits Berufsordnungen in Hamburg, Bremen, Saarland und in Sachsen. Da steht zum Beispiel drin – ich zitiere aus der Berufsordnung des Saarlands: „Pflegefachkräfte sind verpflichtet, ihren Beruf entsprechend dem allgemein anerkannten Stand pflegewissenschaftlicher, medizinischer und weiterer bezugswissenschaftlicher Erkenntnisse auszuüben.“ Ein richtiges Ziel.

Aber wie soll das gehen? Wenn ich als Krankenpflegerin in einem Krankenhaus arbeite, bei dem es hinten und vorne an Personal fehlt? Eine Berufsordnung verpflichtet abhängig Beschäftigte, ohne ihnen Mittel und Kompetenzen an die Hand zu geben, die Rahmenbedingungen zu beeinflussen oder gar zu ändern. Sie erhöht damit den Druck auf die Pflegekräfte, statt sie zu entlasten und die Verantwortung dahin zu geben, wo sie hingehört: Zu den Arbeitgebern und der Politik."⁹

In vier deutschen Bundesländern wurden Pflegekammern eingeführt, in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen wurden die Kammern nach anhaltenden Protesten der Arbeiter und Gewerkschaften wieder aufgelöst. Häufig wurde allerdings nicht die Zielrichtung der Pflegekammern kritisiert, sondern vor allem die sogenannte 'Pflichtmitgliedschaft' skandalisierend in den Vordergrund gerückt.

"Gewerkschaften in der ehemaligen DDR kennen die Zwangsmitgliedschaft. Für uns ist das indiskutabel. Es muss eine freie Entscheidung bleiben, wo ich mich organisiere. Wir setzen auf Überzeugung, auf die Emanzipation erwachsener Menschen."¹⁰

Die Kapitalisten frohlocken, denn sie haben bereits ihre Selbstverwaltungsorgane, im Übrigen mit 'Pflichtmitgliedschaft'.

VII. Es ist erstaunlich, dass große Teile der politischen Arbeiterklasse in Deutschland dem Modell der Arbeiterkammer nicht nur kaum Beachtung schenken¹¹, sondern sogar gegen eine

9 <https://gesundheit-soziales-bildung.verdi.de/themen/pflegekammern/+co++0613bf48-bd52-11e6-8f5b-525400423e78>

10 Siehe ebd.

11 In jüngster Vergangenheit gab es nur von Seiten der SPD NRW, der GEW und der rot-rot-grünen Regierung in Thüringen Interesse an der Idee einer Einführung von Arbeiterkammern. <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-eine-arbeitskammer-fur-alle-50034.htm>

eigenständige wie demokratische Arbeitervertretung argumentieren. Die Forderung nach Pflegekammern zur Selbstgeißelung der Arbeiter in der Pflege wurde irrsinnigerweise von der SPD lanciert, protegiert und von ihr umgesetzt¹². Statt in einer Arbeiterkammer vereint, werden die Proleten nach 'Berufen' getrennt sortiert und sollen in unterschiedliche Kammern eingruppiert werden, wo sie dann an einem Tisch sitzen mit ... wer errät es ... den Selbstständigen und jeweiligen Unternehmern. Heureka. Doch was ist hier mit 'Berufen' eigentlich gemeint? Die Kapitalisten haben für sich in bestimmten Geschäftsbereichen bestimmte Regelungen und Normen festgelegt, an die sich jeder, der bei solchen Geschäften einsteigen will, zu halten hat. Dies wird in Kammern organisiert, wie in der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer (die sich wiederum in Innungen für Betriebe untergliedert, wie Bäcker, Installateure etc.), Landwirtschaftskammer und so weiter. Proleten, die nun eine Ausbildung machen, bspw. zum Bäcker, werden ebenfalls in solche Kammern eingegliedert, ob sie nun Proleten sind oder nicht, denn theoretisch kann sich ja jeder selbstständig machen, Unternehmer werden. Letzteres wird auch aktiv gefördert, denn Konkurrenz belebt nicht nur das Geschäft, sondern macht Lust für die Überstunde, da Arbeitsschutzgesetze für Selbstständige in der Regel nicht gelten. Schauen wir hierzu auf die Internetpräsenz der Handwerkskammer Hamburg. Dort steht gleich als erstes:

Gemeinsamkeit macht stark - Die Handwerkskammer Hamburg

Wir vertreten die Interessen der Hamburger Handwerksbetriebe in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Als Einrichtung der Selbstverwaltung des Hamburger Handwerks übernimmt sie hoheitliche Aufgaben, die ihr als Körperschaft öffentlichen Rechts per Gesetz vom Staat übertragen wurden. Die Handwerkskammer bietet als moderne Dienstleisterin umfassenden Service und

12 <https://www.spdfraktion.de/termine/2016-04-12-pflegekammer>

Beratung für Betriebe und Existenzgründer. In den ehrenamtlichen Gremien engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. In ihrer Vollversammlung sind alle Gewerbegruppen und handwerksähnlichen Gewerbe repräsentiert.¹³

Dazu muss man wissen, dass von Gesetzes wegen zwei Drittel der Mitglieder der Vollversammlung Unternehmer, also Kapitalisten sind, und nur ein Drittel Arbeiter. Damit liegt der Fokus der Kammer doch auf der Hand – die Interessen der Arbeiter sind hier deutlich zweitrangig. Doch was fordert der DGB dazu:

Mitbestimmung in der Selbstverwaltung des Handwerks stärken

- *In den Handwerkskammern und Gesellenausschüssen müssen alle Beschäftigten mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung ein aktives und passives Wahlrecht erhalten.*
- *Wir brauchen Freistellungsregelungen und Schutzrechte für Selbstverwaltungsmitglieder analog zum Betriebsverfassungsgesetz sowie ausreichende Budgets für Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche in der Selbstverwaltung.¹⁴*

Die Proleten im Handwerk sollen damit noch mehr in die Handwerkskammern integriert werden und müssen näher an die Interessen und Bedarfe der Unternehmen und Betriebe heranrücken. Aber die Forderung müsste doch genau gegenteilig lauten – eigenständige und vereinende Arbeiterkammern wären zu forcieren.

13 <https://www.hwk-hamburg.de/artikel/die-handwerkskammer-hamburg-93,237,428.html>

14 <https://www.dgb.de/politik/wirtschaft-und-transformation/handwerkspolitik/>

Damit hätte die Arbeiterklasse eigene Strukturen, die nicht geteilt und aufgesplittet in unterschiedliche Berufe und Branchen verharren müssten. Strukturen, in denen sie ihre Interessen und Belange zusammenführen, gemeinsam diskutieren und diese bewusst wie planvoll nach außenhin vertreten könnte. So hätten die Proleten die Mittel in der Hand, sich solidarisch um ihre Belange zu kümmern und sich gemeinsam aufzustellen für Zeiten, die da kommen mögen.

Für weitere Vorschläge zur Demokratisierung ausgewählter gesellschaftlicher Prozesse und Institutionen siehe:

www.demokratie-und-klasse.org

Arbeitskreis Arbeiterkammer, 2026
Vi.S.d.P.: Katharina Schwarz
Marstallstraße 2a, 71634, Ludwigsburg
Mail: demokratie-und-klasse@posteo.de
Fotonachweis: KI generiert
Versionsnummer: 2026-02-17

